Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.

tier ärzte wonsees NEWSLETTER

Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter

19.03.2022

ASP-UPDATE: Oder-Spree will Aufhebung der Restriktionszonen beantragen, 11.03.2022

Die Anzahl der amtlich bestätigten Fälle von Afrikanischer Schweinepest (ASP) bei Wildschweinen in Deutschland ist im Verlauf der vergangenen Woche nur gering weiter angestiegen. Im Landkreis Oder-Spree in Brandenburg wurden in den Gebieten um Neuzelle und Friedland zuletzt keine Funde mehr verzeichnet. Der Kreis will wieder als ASP-freie Zone gelten und arbeitet deshalb an einem Ausstiegszenario.

Das Friedrich-Loeffler-Institut (FLI) hat in den vergangenen Tagen in den von der Afrikanischen Schweinepest (ASP) betroffenen Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern nur wenige weitere ASP-Fälle bei Wildschweinen festgestellt. Insgesamt liegt die Anzahl der bestätigten ASP-Fälle beim Schwarzwild in Deutschland nach aktuellen Angaben des TierSeuchenInformationsSystems (TSIS) bei 3.540. Bei den ASP-Fällen in Hausschweinebeständen ist es bislang bei den bisherigen vier betroffenen Betrieben geblieben.

Oder-Spree will wieder als ASP-frei gelten: Nach einem Onlinebericht der Märkischen Oderzeitung (MOZ) verfolgt der Landkreis Oder-Spree in Brandenburg das Ziel, wieder als ASP-freie Zone zu gelten. Das letzte mit ASP-infizierte Wildschwein aus dem Kreis Oder-Spree sei am 24.02.2022 durch das Friedrich-Löffler-Institut registriert worden. Seit Jahresbeginn wurden 25 Fälle im Kreis festgestellt, die alle aus Gebieten rund um die A12 stammten. Aus den Kernbereichen 1 und 3, aus den Gebieten um Neuzelle und Friedland, wo die ASP im September 2020 erstmals nachgewiesen worden war, gebe es keine Fundmeldungen mehr. Laut Aussage der Amtstierärztin des Landkreises Petra Senger, arbeite man deshalb an einem Ausstiegsszenario und plane, dass zu Ostern die Anträge für eine Aufhebung der Restriktionszonen über Land und Bund zur EU zu gehen. Damit könne für die schweinehaltenden Betriebe in Kreis eine Entlastung bei Verbringung und Vermarktung ihrer Tiere geschaffen werden. Die festen Zäune, insbesondere die doppelte Abgrenzung zur Oder und damit zur polnischen Grenze hin, werden allerdings als Sicherheitsmaßnahme gegen eine Einschleppung der ASP stehen bleiben, berichtet die MOZ.

Quelle: schweine.net

Schlachtkonzerne in Zahlungsnot – Tönnies will höhere Preise vom LEH, 14.03.2022

Drei Wochen nach der Invasion Russlands in die Ukraine hat sich die Zahlungsnot auf einen mächtigen Teil der Wertschöpfungskette ausgeweitet: Mehrere Schlachtunternehmen wandten sich an den Lebensmitteleinzelhandel, um höhere Fleischpreise einzufordern.

Die angespannte wirtschaftliche Lage hat sich mit dem Krieg in der Ukraine so sehr verschärft, dass nun auch Schlachtunternehmen wie Tönnies, Vion und Westfleisch von hohen Kosten und Engpässen betroffen sind. Weil die Kosten für Energie, Logistik und landwirtschaftliche Produkte nach dem russischen Angriff am 24. Februar immer weiter gestiegen sind, ist die Wirtschaftlichkeit der Schlachthöfe kaum noch gegeben. Tönnies wandte sich in einem Notbrief an den Einzelhandel. Wie auch Vion und Westfleisch verlangt der Konzern höhere Preise.

Tönnies: Engpässe bei Wurst und Fleisch zu befürchten: In ihrem Notbrief warnt die Tönnies-Geschäftsleitung davor, wegen des Mangels an Schlachttieren die Versorgungssicherheit nicht mehr aufrecht erhalten zu können. Am Rindermarkt seien kaum Schlachtrinder vorhanden und die Preise seien auf ein Allzeithoch gestiegen. Bis Ostern könnten die Tiere für die Rindfleischproduktion sogar ausgehen, „nur mit enormem finanziellem Mehraufwand“ könnten die Schlachttiere gebunden werden.

Für Schlachtschweine seien die Preise innerhalb weniger Wochen um 45 Prozent gestiegen. Die kriegsbedingt stark gestiegenen Getreidepreise hätten zu einer Rekordverteuerung bei der Schweineproduktion geführt. [...]

Außerdem seien die Grundvoraussetzungen zur weiteren Herstellung von Fleischprodukten nach Angaben des Unternehmens nicht mehr gegeben. Das Fehlen ukrainischer Fahrer mache sich in den logistischen Abläufen bemerkbar. Strom- und Gasanbieter nutzten ihr Sonderkündigungsrecht. Engpässe gebe es auch bei Frittierfetten, Paniermehlen und Senfmehl. Sämtliche bestehende Geschäftsgrundlagen würden gestört.

Daher sei „die Grenze des wirtschaftlich vertretbaren jetzt endgültig übertroffen“, heißt es in dem Notbrief. Dringlich bittet Tönnies den Handel darum, einen partnerschaftlichen Abschluss über Preisänderungen beim Fleisch umzusetzen. Es handle sich um eine Sondersituation, die aus der höheren Gewalt des Krieges entstanden sei.

Die Westfleisch-Genossenschaft wandte sich in einem Schreiben ebenfalls an die Kunden und kündigte ab dieser Woche einen Aufschlag von 6,8 Cent/kg für Schweinefleisch und 6,9 Cent/kg für Rindfleisch an. Grund seien die stark gestiegenen Energiepreise. Der Aufschlag werde wöchentlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Seinen Mitgliedern erklärte Westfleisch am vergangenen Mittwoch (09.03.), dass die deutsche Fleischwirtschaft in einem schwachen Jahr 2021 gegen viele Herausforderungen ankämpfen musste. Beeinflusst wurde das Geschäft durch die Corona-Pandemie, die Afrikanische Schweinepest (ASP) und den damit verbundenen Exportstopp nach Asien sowie durch den abnehmenden Pro-Kopf-Fleischkonsum in Deutschland.

Wegen des extrem niedrigen Schweinepreises sei der Konzernumsatz trotz nur leicht rückläufiger Schlachtzahlen um etwa neun Prozent zurückgegangen. Dem Schweinepreis standen höhere Personalkosten, Corona-Sonderkosten und gestiegene Kosten für Rohstoffe, Energie und Logistik gegenüber. Durch die anhaltend schwierige Lage auf den Exportmärkten für deutsches Schweinefleisch und das Ansteigen der „Rohstoffpreise in nie gekannter Größenordnung“ nach dem russischen Angriff auf die Ukraine erwartet Westfleisch auch für das laufende Jahr keine Besserung. Der Wettbewerb und der hohe Ergebnis-druck werden sich nach Einschätzung des Unternehmens weiter verschärfen. Um sich darauf vorzubereiten, habe Westfleisch 250 Einzelmaßnahmen zur Steigerung der Profitabilität getroffen. Nach Angaben des Westfalen-Blatts verlangt das niederländische Schlachtunternehmen Vion ab heute (14.03.) vom Einzelhandel einen Krisenzuschlag von 5,2 Cent/kg

Quelle: agarheute.com

Bundeshaushalt bremst Tierwohlinvestitionen, 16.03.2022

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, sieht die im Bundeshaushalt für die Landwirtschaft vorgesehenen Mittel in Höhe von einer Milliarde Euro für den Zeitraum 2023 bis 2026 lediglich als einen ersten Schritt zum Umbau der Tierhaltung. Diese Mittel können nur als ein erstes Signal gewertet werden, aber reichen bei weitem nicht aus. Wenn der Umbau der Tierhaltung wirklich gelingen soll und man die Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung ernst nimmt, dann braucht es ein Mehrfaches dieser Größenordnung. Eine tragfähige Finanzierung des Umbaus ist eine Schlüsselfrage. Wer hier bremst, gefährdet den Tierhaltungsstandort Deutschland und vor allem die geforderten hohen Tierwohl-Standards. Nach Berechnungen der Borchertkommission werden jährlich rd. 3 bis 4 Mrd. Euro für eine zukunftssicheren Umbau benötigt.

Quelle: rind-schwein.de

Coronahilfe: Jetzt zwei Kategorien, 17.03.2022

Nach langem Gezerre soll nun Klarheit bei den Coronahilfen für Schweinehalter herrschen. Das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundeslandwirtschaftsministerium haben sich vergangene Woche auf ein vereinfachtes Verfahren zur Zahlung von Corona-Hilfen an die Schweinehalter geeinigt. Die Einigung sieht vor, dass die Fälle, in denen die Umsatzverluste nachweislich vollständig auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sind, aus der Überbrückungshilfe finanziert werden. Jene Fälle, bei denen die Umsatzverluste lediglich „weit überwiegend“ coronabedingt sind, werden dagegen über die Härtefallhilfe abgewickelt. Bereits gestellte Anträge werden automatisch nach den Regeln als Überbrückungs- oder Härtefallhilfe entschieden, ohne dass eine erneute Antragsstellung erforderlich ist. Dies gilt zunächst für Niedersachsen, Bayern und Nordrhein-Westfalen, die ihre Landesprogramme hierfür geöffnet haben.

Um Überbrückungshilfe zu erhalten, müssen Betriebe einen coronabedingten Umsatzrückgang von mindestens 30% gegen-über dem Jahr 2019 nachweisen können. Gerade bei schweinehaltenden Betrieben sind etwa wegen der Afrikanischen Schweinepest (ASP) auch andere Faktoren für die erlittenen Erlösrückgänge denkbar. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte die Länder daher gebeten, die Ursachen für die Rückgänge intensiv zu hinterfragen, was zu Verzögerung bei der Auszahlung führte.

Der Geschäftsführer der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN), Dr. Torsten Staack, begrüßte, dass das halbjährige Gezerre um die Überbrückungshilfe für Schweinehalter zwischen den zuständigen Bundes- und Landesministerien nun endlich ein Ende findet. Die Freude über die nun erreichte Klarheit sei aber begrenzt, weil die Verschiebung auf den Härtefalltopf für viele Betriebe deutlich geringere Hilfen bedeute. Viele Schweinehalter würden so nicht einmal die Hälfte der maximalen Unterstützung im Vergleich zur Überbrückungshilfe bekommen können, weil der Härtefalltopf bei 100 000 Euro bzw. 150 000 € in Nordrhein-Westfalen je Betrieb gedeckelt sei. Staack wies darauf hin, dass laut Experten der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen der Einfluss der ASP in Deutschland auf die Umsatzverluste in der Schweinehaltung le-diglich bei rund 5% liege. Die Corona-Bekämpfungsmaßnahmen seien somit ursächlich für die Umsatzrückgänge.

Allein in Niedersachsen hat nach Angaben des Wirtschaftsressorts die NBank 431 Förderfälle mit einem Volumen von 44 Mio. € wegen der unklaren Regelung zu den Umsatzverlusten zunächst zurückgehalten. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger begrüßte, dass die Schweinehalter ihre Einnahmeausfälle nun doch unbürokratisch über die Corona-Härtefallhilfe abwickeln können. Auch eine Rückzahlung bereits erfolgter Abschlagszahlungen an Schweinehalter werde es somit nicht geben.

Quelle: susonline; AgE

EU- Agrarkommissar kündigt vierpunkteplan zur Unterstützung der Landwirte an, 18.03.2022

EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski kündigte gestern als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine einen Vierpunkteplan zur Sicherstellung der Nahrungsmittelsicherheit und zur Abfederung der ökonomischen Folgen für die europäischen Landwirte an. Ein Punkt des Plans, sieht den plötzlich Einsatz von Beihilfen zur Privaten Lagerhaltung (PLH) von Schweinefleisch vor, berichtet Agra Europe.

Vierpunkteplan sieht PLH vor: EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski hat mit Blick auf den Krieg in der Ukraine nun einen Vierpunkteplan zur Sicherstellung der Nahrungsmittelsicherheit und zur Abfederung der ökonomischen Folgen für die europäischen Landwirte angekündigt. Bei der Anhörung vor dem Landwirtschaftsausschuss des Europaparlaments erklärte der EU-Agrarkommissar in dieser Woche, dass die Krisenreserve der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) von 500 Mio. Euro aktiviert werde. Zusammen mit einer möglichen nationalen Kofinanzierung von zusätzlich 200% könnte so insgesamt ein Betrag von bis zu 1,5 Mrd. Euro mobilisiert werden. Zudem soll es laut dem Agrarkommissar nun doch Beihilfen zur Privaten Lagerhaltung (PLH) von Schweinefleisch geben. Wojciechowski erklärte, dass damit ein Signal der Unterstützung an den Schweinesektor gesendet werden könne. Innerhalb der EU wurden immer wieder die Beihilfen zur PLH in den Raum gestellt, aber bislang von der EU-Kommission abgelehnt.

Weitere befristete Maßnahmen geplant: Des Weiteren bereite seine Behörde eine Ausnahmeregelung zur Nutzung der Stilllegungsflächen vor, teilte Wojciechowski weiter mit. Hier solle vor allem die Erzeugung von Eiweißfutter möglich sein, um der Verknappung von Tierfutter entgegenzuwirken. Gleichzeitig stellte der Pole aber klar, dass diese Maßnahmen nur befristet gelten würden, um negative Auswirkungen auf die Biodiversität möglichst niedrig zu halten. Schließlich arbeitet die Behörde dem Agrarkommissar zufolge an der Einrichtung eines Sonderbeihilferahmens. Dieser habe das Ziel, die Folgen des Ukraine-Krieges für die EU-Landwirte über mögliche nationale Sonderhilfen abzumildern. Alle Maßnahmen befänden sich noch in der Vorbereitung, stellte Wojciechowski fest. Endgültige Entscheidungen seien noch nicht gefallen. Für den kommenden Montag kündigte er die Vorlage einer Mitteilung zur Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung an.

Quelle: schweine.net

Marktbericht

Knappes Angebot treibt die Kurse, 16.03.2022

Zum fünften Mal in Folge steigt die deutsche Leitnotierung. Trotzdem bleibt die Produktion für die Tierhalter ein Balanceakt, denn die Kosten steigen noch schneller. Nach mehrmonatigen Niedrigpreisen am Schweinemarkt in Deutschland und in der Europäischen Union geht es jetzt deutlich aufwärts. Das begrenzte Lebendangebot wird von den Schlachtbetrieben weiter lebhaft umworben. Begleitet von der Kostenexplosion bei Energie und Rohstoffen sowie sich abzeichnenden Versorgungsengpässen steigen die Notierungen europaweit an. In Deutschland setzte die Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Vieh und Fleisch (VEZG) heute ihren maßgeblichen Leitpreis für Schlachtschweine um zehn Cent auf 1,85 Euro je Kilogramm Schlachtgewicht (SG) herauf. Innerhalb von fünf Wochen summiert sich der Anstieg damit auf 65 Cent oder 54 Prozent; das hat es noch nie gegeben.

Höhere Preise auch im Teilstückverkauf: Nach Angaben der VEZG reicht das gegenwärtige Angebot am Lebendmarkt weiterhin nicht vollständig aus, um den Bedarf der Fleischhersteller zu decken. Diese kämpfen darum, den höheren Einstandspreis und die gestiegenen Kosten für Rohstoffe und Energie an ihre Kunden im Handel weiterzugeben und haben Ende vergangene Woche aus „Gründen von höherer Gewalt“ bereits Anpassungen nach oben angekündigt. Zwar ließ sich bisher ein größter Teil des Anstiegs der Schlachtschweinepreise in höhere Preise im Teilstückverkauf umsetzen, doch sei dies nicht überall am EU-Binnenmarkt möglich, berichteten Analysten aus dem Ausland. Schwierig ist auch die Situation der Wursthersteller mit sehr viel teureren Ankaufspreisen für das Schweinefleisch, während längerfristige Kontrakte den Verkaufspreis ihrer Waren deckeln.

Lebendangebot bleibt klein: Die mit zuletzt knapp 97 kg im Normalbereich liegenden Schlachtgewichte deuten nicht darauf hin, dass die Mäster Schweine aus spekulativen Gründen zurückgehalten haben. Für die kommende Wochen wird deshalb mit keiner Zunahme des Angebotes gerechnet. Getrübt wird die Freude über den Preisanstieg durch die gestiegenen Kosten. Der Preis für 25-kg-Ferkel hat sich innerhalb von vier Wochen auf 55 Euro verdoppelt. Wer heute Ferkel aufstallt und zu den aktuellen Tagespreisen Mischfutter kauft, benötigt einen Erlös von 2,40 Euro je Kilogramm Schlachtgewicht, rechnet Dr. Albert Hortmann-Scholten vor. Der Marktexperte der Landwirtschaftskammer Niedersachsen (LWK) hält es deshalb für möglich, dass Mastbetriebe trotz der gestiegenen Preise für Schlachtschweine keine neuen Ferkel aufstallen.

Festpreise für Tierwohlfleisch: Schweinehalter, die in speziellen Tierwohlprogrammen in der Haltungsstufe 3 produzieren, profitieren in der Regel nicht von der jüngsten Marktentwicklung. Sie haben meist langfristige Verträge mit Festpreisen abgeschlossen. Diese Beträge liegen häufig nicht viel höher als der aktuelle Preis für Tiere aus der Haltungsform 1. Wenn die Lieferverträge keine Klauseln enthalten, dass mit steigenden Futter- oder Ferkelpreisen auch der Erlös für das Schlachtschwein steigt, geht die Kalkulation für diese Betriebe nicht mehr auf, warnt Hortmann-Scholten. Für Schweine aus der Haltungsform 3 wäre ein Preis von rund drei Euro je Kilo SG notwendig, so der Kammerexperte. Besser fahren Betriebe, die innerhalb der Initiative Tierwohl in der Haltungsform 2 arbeiten, denn sie erhalten für Ihren Mehraufwand einen Festbetrag von 5,28 Euro je Tier.

Höhere Notierungen auch im Ausland: Sind die Schweinepreise weniger stark gestiegen als in Deutschland. Dies liegt zum Teil an den speziellen Regularien der Preisfindung. So sind bei den offiziellen Notierungsstellen in Spanien, Frankreich und Italien, wo die Marktparteien an einem Tisch den Preis aushandeln, Limits nach oben gesetzt. Zwar drängt die Erzeugerseite darauf, diese in der aktuellen Sondersituation aufzuheben, stößt damit aber auf wenig Akzeptanz bei den Schlachtbetrieben. So dürfte der Anstieg in Frankreich am morgigen Donnerstag auf das zulässige Maß von fünf Cent je Kilo SG begrenzt bleiben; in Spanien und Italien werden wahrscheinlich die Maxima von sechs Cent je Kilo Lebendgewicht (LG) ausgeschöpft.

Lebendexport nach Spanien flaut ab: Anders sieht die Preisbildung für Schlachtschweine in Belgien mit den individuellen Ankaufsmodalitäten der führenden Abnehmer aus, die ebenso stark wie in Deutschland zulegen dürften. Nach wie vor wird im Nachbarland von einem sehr umfangreichen Hälftenexport zu lukrativen Preisen nach Osteuropa berichtet. Auch in Österreich und den Niederlanden gibt es keine Limits für die Notierung, die deshalb deutlich ansteigen werden. Die Schlachtschweinepreise in der EU driften somit immer weiter auseinander; der Lebendexport nach Spanien mit seinen nun niedrigeren Preisen hat bereits spürbar nachgelassen.

Quelle: fleischwirtschaft.de

EU-Schlachtzahlen historisch hoch, 17.03.2022

Im vergangenen Jahr schlachteten die Mitgliedstaaten so viele Schweine, wie niemals zuvor. Aktuell sind Schlachtschweine in der Europäischen Union knapp und gesucht; entsprechend haben die Preise in der vergangenen Woche einen kräftigen Sprung nach oben gemacht. Im vergangenen Jahr hatte das jedoch über weite Strecken anders ausgesehen. In den meldepflichtigen Schlachtbetrieben waren deutlich mehr Schweine zerlegt worden. Wie aus vorläufigen Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) hervorgeht, kamen 2021 bei den Fleischherstellern in den 27 Mitgliedstaaten insgesamt 249,7 Mio. Tiere an die Haken; das waren 4,42 Mio. Schweine oder 1,8% mehr als im Vorjahr und so viele wie niemals zuvor. Die EU-Schweinefleischerzeugung belief sich auf 23,41 Mio. t, was im Vorjahresvergleich einen Anstieg von 381.370 t oder 1,7% bedeutete. Auch dies war ein neues Rekordniveau.

Seine führende Position als wichtigstes EU-Erzeugerland konnte Spanien ausbauen. Dort stieg die Zahl der Schweineschlachtungen gegenüber 2020 um 2,37 Mio. Tiere oder 4,2% auf 58,50 Mio. Stück. Einen noch höheren Zuwachs von 7,2% auf 18,53 Mio. Tiere gab es laut Eurostat in Dänemark. Auch Belgien und die Niederlande verzeichneten überdurchschnittliche Anstiege der Schweineschlachtungen, und zwar von 3,9% auf 11,59 Mio. beziehungsweise 3,4% auf 17,24 Mio. Stück. Die stockende Ausfuhr von Ferkeln und Schlachtschweinen, vor allem nach Deutschland, führte dazu, dass in diesen Ländern mehr Tiere selbst gemästet und geschlachtet wurden.

In Deutschland nahmen die Schweineschlachtungen im Vorjahresvergleich dagegen um 1,54 Mio. oder 2,9% auf 51,78 Mio. Stück ab. Die Schweinefleischerzeugung sank ebenfalls, nämlich um 2,9% auf 4,97 Mio. t. Ansonsten verzeichneten in der Gemeinschaft nur die drei baltischen Staaten sowie Rumänien ein rückläufiges Schlachtaufkommen. Für das laufende Jahr erwarten Analysten eine

Ferkel VEZG

25 kg Notierung / 200er Gruppe

Aktuelle Woche: 58,00 EUR

(21.03.22 – 27.03.22)

Vorwoche: 55,00 EUR

Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

Aktuelle Woche: 1,85 EUR

(16.03.2022)

Vorwoche: 1,75 EUR

Dieser Newsletter wurde in Zusammenarbeit erstellt von:

Tierärzte Wonsees GmbH
Kulmbacher Str. 17
96197 Wonsees
www.tieraerzte-wonsees.de

Serviceteam Alsfeld
An der Hessenhalle 1
36304 Alsfeld
www.sta-alsfeld.de

STA
Serviceteam Alsfeld GmbH

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.